

Quelle: Reinhard Czycholl, Reinhard Zedler (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Berufsbildungsforschung. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, BeitrAB 280, zugleich: Beiträge zur Berufsbildungsforschung der AG BFN Nr. 5, S. 191-205.

Hermann Schmidt

Perspektiven für die Berufsbildungsforschung – Zusammenfassung der Podiumsdiskussion

Kurzfassung

Den Abschluss des 5. Forums Berufsbildungsforschung der Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungsnetz (AG BFN) an der Universität Oldenburg bildete eine von Hermann Schmidt moderierte Podiumsdiskussion. Die Teilnehmer Friederike Behringer, Dieter Euler, Antonius Lipsmeier und Manfred Tessaring fokussierten das thematische Interesse auf die Erörterung des gegenwärtigen Entwicklungsstandes und der Zukunftsaufgaben der AG BFN. Hermann Schmidt zeichnet in diesem Beitrag die wesentlichen Diskussionsinhalte nach, die vor allem Fragen der Transparenz in der Berufsbildungsforschung, der Forschungsk Kooperation sowie der Forschungsplanung und Forschungspolitik berühren.

Perspektiven für die Berufsbildungsforschung – Zusammenfassung der Podiumsdiskussion

Hermann Schmidt

Nach der Begrüßung durch **Herrn Czycholl** bedankt sich **Herr Schmidt** für die Einladung und erinnert an das erste Forum der AG BFN vor rund zehn Jahren in Oldenburg. Er hebt die Qualität der Beiträge und die lebendigen Diskussionen des diesjährigen Forums hervor und stellt fest, dass vieles mit der AG BFN zum Guten bestellt sei.

In dem Vorgespräch zur Podiumsdiskussion habe es eine kleine Kontroverse dazu gegeben, ob die Diskussion über Perspektiven für die Berufsbildungsforschung losgelöst von denen der AG BFN statt finden könnte. Er verweist darauf, dass eine solche Trennung weder aus der Sicht derer, die ihn eingeladen hätten, noch aus seiner eigenen Sicht gerechtfertigt erscheine.

Einleitend erinnert **Herr Schmidt** an die Gründungseltern der AG BFN, die Transparenz, Kommunikation und Kooperation in der Berufsbildungsforschung (BBF) fördern und verbessern wollten. Seine These sei, dass diese Ziele den Mitgliedern der AG BFN auch heute noch erstrebenswert erschienen, die bisherigen Ergebnisse und die Wege dorthin jedoch unterschiedlich bewertet würden. Die Transparenz in der BBF lasse nach wie vor zu wünschen übrig und bei Kommunikation und Kooperation hapere es immer noch. Er wirft die Frage nach Hol- und Bringschulden auf diesen Gebieten durch die Mitglieder einerseits und den Vorstand der AG BFN andererseits auf. Schließlich müsse die Frage gestellt werden, ob alle willens seien, die vorhandenen Hindernisse zu beseitigen, um den weiteren Bestand der AG BFN zu sichern.

Frau Behringer meldet Präziserungsbedarf an, was das Ziel der Transparenz angeht. Es könne ihres Erachtens nach sein, dass die verschiedenen Mitglieder der AG BFN Unterschiedliches darunter verstünden. Wenn darunter die Kenntnis dessen verstanden werde, was wo in der Bundesrepublik und andernorts geforscht werde, dann sei das etwas, was zum Teil und sicherlich mit guten Ansätzen in Datenbanken dargestellt werde. Dies könne aber aus ihrer Sicht nicht alles sein. Das Interesse des BMBF gehe offenbar dahin, Forschungsergebnisse in abrufbarer Form präsent zu haben. Das sei sicherlich etwas Gutes, aber aus ihrer Sicht nicht ausreichend. Denn Forschungsergebnisse an sich sprächen nicht immer für sich, sondern müssten im Diskurs verhandelt werden. Es müsse geprüft werden, welche Forschungsergebnisse sich widersprächen und warum dies so sei. Es müsse auch analysiert werden, welche Forschungsprojekte und -ergebnisse anschlussfä-

hig seien. Darüber hinaus werde Kommunikation und Kooperation dadurch erschwert, dass Berufsbildungsforschung (BBF) keine monodisziplinäre Angelegenheit sei. Ökonomen, insbesondere BildungsökonomInnen, Soziologen und viele andere Disziplinen hätten zur BBF Wesentliches beizutragen. Unterschiedliche Forschungstraditionen und Fachsprachen erschwerten die Verständigung zusätzlich.

Zusammenfassend lasse sich sagen, dass es ein sehr starkes Interesse an Transparenz gebe. Da aber die Interessen unterschiedlich gelagert seien, gebe es möglicherweise auch unterschiedlichen Bedarf daran, sich erst einmal über das zu vergewissern, was in der eigenen Sektion abgehandelt werde. Die institutionelle Herkunft präge das Forschungsinteresse, so auch die Befunde der im Forum vorgetragenen Ergebnisse der Delphi-Studie. Insofern sei das Verlangen nach Transparenz sehr unterschiedlich ausgeprägt.

Herr Schmidt stellt fest, dass Frau Behringer die Problemlagen dankenswerter Weise präzisiert habe. Offenbar sei es erforderlich, die Unterschiedlichkeit der Interessen der Mitglieder in Zukunft stärker zu thematisieren, als den vergeblichen Versuch zu machen, sie zu harmonisieren. Zweifellos gebe es an manchen Stellen Überlappungen dieser Interessen, allerdings auch mächtige Unterdeckungen. Das sei legitim und müsse angesprochen werden.

Zweitens möge die Frage beantwortet werden, ob die AG BFN auch nach ihrem eigenen Selbstverständnis die Disziplinen in den Dialog einbeziehen möchte, die das Feld der BBF inzwischen bearbeiteten.

Schließlich stünde die aus seiner Sicht durchaus verständliche Forderung des BMBF im Raum, als Gegenleistung für die weitere Finanzierung der AG BFN auf Wunsch umgehend über Forschungsergebnisse und Forschungsdefizite Auskünfte erteilt zu bekommen.

Herr Euler gibt zuerst seine Einschätzung von dieser Tagung wieder. Er habe nicht den Eindruck, dass die Arbeit der AG BFN durch sehr viel Kooperation geprägt sei. Die Zusammenarbeit erscheine ihm eher als ein geordnetes Nebeneinander. Wenn er sich die Vorträge der zwei Tage vor Augen führe, unterstreiche er die Ausführungen von Frau Behringer. Aus einer gewissen eigenen Logik und einer institutionellen Perspektive heraus gebe es gewisse Vorstellungen, die offenbar zu zahlreichen Überschneidungen in den Arbeiten führten. Dies sehe er allerdings als eine Chance, gemeinsam etwas zu machen. Wenn man sich die Forschungsthemen vor Augen führe, dann habe es auf der Tagung zu bestimmten Themen ständig Wiederholungen gegeben. Insbesondere sei über Themen, nicht über Forschungsprobleme gesprochen worden. Er habe von Popper gelernt: Alles Forschen beginnt mit einem Problem. Auf dieser Tagung sei jedoch nicht über Probleme diskutiert worden, sondern Themen seien aneinandergereiht und grobe Chiffren ausge-

tauscht worden, worüber man nachdenke, womit man sich beschäftige. Trotzdem sehe er die Überschneidungen als Chance, zumindest in diesen Feldern gemeinsam zu arbeiten.

Zum Zweiten habe er auch eine gewisse Reserviertheit, eine gewisse Zaghaftheit im Umgang miteinander wahrgenommen. Als Ursache dieses Verhaltens könne man wohl die Turbulenzen von vor drei/vier Jahren im Kontext des Kell/van Buer-Gutachtens betrachten. Damals sei nicht über einen Austausch von Forschungsergebnissen diskutiert, sondern es seien gegenseitige Bewertungen abgegeben worden. Dies habe genau nicht zu Kooperation, sondern eher zu Abgrenzungen geführt, zum Teil sogar zu Konfrontation.

Am Ende der Tagung sei es doch wieder sehr konstruktiv gewesen, aber immer noch sei eine große Vorsicht im Raum. Er meine, wenn es nicht gelänge, die Ressentiments und die Zurückhaltung abzubauen, überhaupt erst mal aufeinander einzugehen, auf das Bezug zu nehmen, was andere machten, dann werde es wohl kaum zu einer ersprießlichen Kooperation kommen. Er habe in keiner Präsentation eine Referenz zu einem Projekt einer anderen Institution wahrgenommen.

Es reiche ihm auch nicht aus, sich nun auf ein Thema zu einigen, z. B. auf die Probleme der benachteiligten Jugendlichen und dann intensivere Kommunikation unter denen zu vereinbaren, die an diesem Thema Interesse zeigten. Es bedürfe mehr, nämlich einer projektbezogenen Kooperation. Er betone, dass es nur wirklich zu Kooperation und einer intensiven Kommunikation komme, wenn man ein gemeinsames Problem und ein gemeinsames Interesse habe, was eine gemeinsame Forschungsfragestellung bedeute. Erst dann käme man dazu, auch inhaltliche Fragen aufzuwerfen und – was er völlig vermisst habe auf dieser Tagung – den Aspekt der Forschungsstandards zu erörtern.

Er wolle dabei jetzt nicht die alte Diskussion *Modellversuchsforschung* versus *DFG-Forschung* aufwerfen. Er meine, dass man historisch-vergleichende, empirisch-analytische und auch explorative Forschung durchaus nebeneinander betreiben könne. Er fordere jedoch überhaupt erst einmal eine Diskussion darüber, was er zumindest programmatisch auf dieser Tagung erwartet hätte.

Zusammenfassend sehe er weiterhin sowohl Potenzial als auch eine Legitimation für die AG BFN. Er finde aber auch, dass die AG BFN im Moment nicht in einer guten Form sei. In der Fußballersprache hätte die AG BFN zwar elf, vielleicht auch nur fünf Spieler auf dem Platz, aber die würden nicht unbedingt auf ein Tor laufen bzw. schießen.

Herr Schmidt bittet auf die von Herrn Euler angesprochenen Probleme in der Diskussion einzugehen. Es seien allerdings pragmatische Antworten zur weiteren Arbeit der AG BFN gefragt. Für die Erörterung der Sinnfrage empfehle er einen eigenen Workshop.

Herr Lipsmeier geht kurz auf die kleine Kontroverse im Vorfeld der Diskussion ein. Er habe sich geweigert, hier eine vorbereitende Podiumsdiskussion für die Vorstandssitzung der AG BFN zu veranstalten. Er erlaube sich auch, Grundfragen mit einbeziehen zu dürfen, die nicht unbedingt auf die AG BFN, sondern auf das Thema *Perspektiven der Berufsbildungsforschung* bezogen seien. Er möchte dies an zwei Aspekten verdeutlichen, wobei er dem, was Herr Euler gesagt hat, in der Einschätzung voll zustimme.

Wenn die Modellversuchsforschung wegbräche, wie in einem Beitrag signalisiert worden sei, und damit die Landesinstitute als Mitglieder der AG BFN überflüssig würden, bräche damit ein wesentlicher Teil der schulbezogenen BBF weg. Auch wenn Herr Brosi in seinem Referat Öffnung angedeutet habe, müsse allen klar sein, dass der relativ eng begrenzte Auftrag und seine Forschungsmöglichkeiten das BIBB daran hinderten, sich in die spezifische Thematik der schulbezogenen Berufsbildungsforschung hinein zu begeben; dies sei gänzlich ausgeschlossen. Eigentlich müsse man gar nicht so furchtbar traurig sein, wenn die Modellversuchsforschung wegbreche, denn sie sei ja keine Forschung mehr. In einem jüngst erstellten Gutachten von Felix Rauner fände sich folgendes Resümee: „Die wissenschaftliche Begleitung von Modellversuchen hat in drei Jahrzehnten Modellversuchspraxis synchron zum Absinken der bildungspolitischen und bildungsplanerischen Bedeutung der Modellversuche an Umfang und Qualität abgenommen.“ Er stimme dem zu, trotzdem gelte es, in der AG BFN auch diese schulische BBF zu institutionalisieren und zu retten. Über Modellversuchsforschung in der Zukunft erscheine ihm das allerdings nur schwer möglich zu sein, weshalb er an seinen alten Vorschlag erinnere, ein Bundesinstitut für schulische Berufsbildungsforschung etwa bei der BLK anzusiedeln. Angesichts knapper öffentlicher Mittel erscheine jedoch eine Realisierung aussichtslos.

Als zweiten Aspekt möchte er seine Kritik an den Inhalten der AG BFN vorbringen und sich dabei detailliert zu den seiner Meinung nach technokratisch verkürzten Aspekten Transparenz, Netzwerk, Kommunikation und Kooperation äußern. Dies sei alles wichtig und gut. Er wolle auch in der Forschung nicht nur die Ergebnisorientierung in den Vordergrund stellen, dies müsse das BIBB machen. Man müsse sich stärker einer prinzipienorientierten Berufsbildungsforschung zuwenden. Dazu verweist er auf Herrn Beck, der zur Grundlegung eines Forschungsansatzes auch in der BBF zunächst normative Kategorien eingeklagt habe, nämlich Menschenbild als Frage der Anthropologie und Gesellschaftsbild als Frage der Sozialphilosophie. Auch wenn man sich diesen Kategorien nicht anschließe, solle man seines Erachtens über normative Kategorien zumindest diskutieren.

Weiter führt Herr Lipsmeier aus, dass die vom BMBF geplanten Reformen in der beruflichen Bildung, wie Qualifizierungsbausteine in der Ausbildungsvorbereitung sowie Bewertung und Zertifizierung informell erworbener Kompetenzen, den Forschungsleitsatz

des BIBB, alle sieben Forschungskorridore orientierten sich am Prinzip der Beruflichkeit, hinfällig werden ließen. Man müsse an diesem Prinzip keineswegs mit gebetsmühlenhafter Wiederholung kleben. Aber weder über diese Grundsatzfragen, noch die forschungsleitenden Prinzipien zu reden, sei ein großes Defizit der AG BFN. Wenn sie es nicht fertig brächte, solche Diskussionen in Workshops zu führen, dann sei das ganze Abstimmen im Forschungsnetz zwar nicht Nonsense, aber bloßes Beiwerk.

Herr Schmidt möchte zunächst einmal festhalten, was aus den Diskussionsbeiträgen unter Umständen in Aktion umgesetzt werden könne. Ein Punkt, wofür sich die AG gegenüber der Politik stark machen müsse, sei in jedem Falle die Sicherstellung der Finanzierung von BLK-Modellversuchen. Schließlich habe die BBF zu Modellversuchen immer wieder Ergebnisse erbracht, die von der Praxis als hilfreich für die qualitative Weiterentwicklung der Berufsbildung in den Betrieben und Schulen angesehen worden seien. Um mit den Problemen der Zusammenarbeit im Föderalismus fertig zu werden, sei es überaus wichtig, dass die BLK-Modellversuche und die Landesinstitute als Mitglieder der AG BFN erhalten blieben und nicht dem gegenwärtigen Streit zwischen Bund und Ländern geopfert würden. Hierfür sehe er allenthalben Zustimmung. Deshalb sei es ein Thema für den Vorstand.

Ein zweiter Punkt, der wichtig erscheine, sei die Diskussion von Prinzipien der Berufsbildungsforschung. Er habe zwölf Bildungsminister in seiner Bonner Karriere erlebt, und wisse, dass Prinzipientreue nicht das herausragende Merkmal der Berufsbildungspolitik sei. Er teile deshalb die Auffassung von Herrn Lipsmeier, dass es eine Aufgabe der BBF sei, den aktuellen bildungspolitischen Entscheidungen normative Kategorien gegenüber zu stellen und auf diese Weise zumindest einen Diskurs zu erzwingen. Die AG BFN brauche einen solchen Diskurs nicht zu scheuen, wie sie in Workshops und Foren bereits gezeigt habe.

Als jemand, der sich seit Jahren sehr intensiv mit der europäischen BBF befasse, verfüge Herr Tessaring über die notwendige Erfahrung, den Diskurs der AG BFN über Transparenz, Kommunikation und Kooperation aus dieser Perspektive zu beleuchten.

Herr Tessaring erinnert an die Ziele der AG BFN bei ihrer Gründung. Zum einen sollte ein Forum unterschiedlicher Institutionen der BBF geschaffen, zum anderen eine Dokumentation als ganz konkrete Arbeitsaufgabe erstellt werden. Beides sei geschehen, aber darüber hinaus sei in der Außenwahrnehmung über die letzten sechs/sieben Jahre nicht viel wahrzunehmen gewesen. Bezüglich der Dokumentation käme es inzwischen zu Einschränkungen, denn die zuliefernden Institute zögen sich etwas zurück. Die Foren fänden alle zwei Jahre zu heterogenen Themen, oder so wie heute, eher zu einer Frage statt. Es gäbe Veröffentlichungen hierzu, aber viel mehr nähme er nicht wahr. Deshalb meint er,

dass die ursprüngliche Aufgabe der Foren, auch Forschungsperspektiven aufzuzeigen, die antizipativ künftige Problemlagen vorweg nehmen, wieder aufleben müsse. Sehr vieles sei in der Politik, vor allem in der europäischen, schon angedacht, wenn auch oft recht schwammig, so doch sehr viel antizipativer als in der BBF. So entsprächen die Themen, die in der Kopenhagener Erklärung der EU-Minister vom November 2002 als Prioritäten behandelt worden seien, den Themen, die in diesem Forum seitens des BIBB, des BMBF und anderer diskutiert worden seien. Wenn die Forschung antizipativ wirken wolle, dürfe sie nicht nur Kooperation per se betreiben. Sie müsse ihre Forschungsfelder themenzentriert und problemorientiert strukturieren, z. B. im Rahmen von Workshops.

In diesen Workshops müsse eine Öffnung gegenüber anderen Institutionen auf nationaler und europäischer Ebene stattfinden. Nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch innerhalb Deutschlands gäbe es eine ganze Reihe von Gremien, wie den bildungsökonomischen Ausschuss des Vereins für Socialpolitik, die immer wieder berufsbildungsrelevante Themen beleuchteten. Es sei geboten, Workshops zusammen mit Nachbardisziplinen zu bestimmten Themen der beruflichen Bildung durchzuführen.

Ein weiterer Punkt, eher den Perspektiven der BBF zuzuordnen, sei für ihn die Diskussion um eine europäische Forschungsagenda, die auch für die deutsche BBF von höchstem Interesse sein dürfte. Diese Forschungsagenda solle bis etwa 2010 erarbeitet werden. Aus seiner Sicht könne die AG BFN bei der Entwicklung einer solchen Agenda eine wichtige Rolle spielen, indem sie hierfür Beiträge leiste.

Zum Thema Kooperation in der BBF merkt er an, dass Kooperationen innerhalb der AG BFN und Kooperationen, die von CEDEFOP organisiert würden, recht unterschiedlichen Charakter hätten. Das CEDEFOP kooperiere mit sehr unterschiedlichen Institutionen im Rahmen von Projekten oder im Rahmen von EU-Programmen, an denen es sich beteilige. Dies könne nicht mit Forschungsk Kooperation innerhalb der AG BFN verglichen werden.

Zum Thema Kommunikation lägen die Ausgangspositionen auch ein wenig anders als im deutschen Kontext. Da man in Thessaloniki sehr weit vom Herzen Europas sei, müsse man die Kommunikationen mit den meisten Partnern über elektronische Medien bewerkstelligen.

Was die Information als dritten Baustein betreffe, so sei hier tatsächlich vieles über die elektronischen Möglichkeiten zu leisten. Er stimme dabei allerdings überein mit der Feststellung, dass Information und Wissen etwas Unterschiedliches seien. CEDEFOP führe die Diskussion über Knowledge-Management versus Informations-Management. Man dürfe jedoch nicht ausschliessen, dass die Wahl des Begriffes auch ein bisschen politisch motiviert sei.

Wichtig sei ihm, dass die AG BFN es schaffe, sich nicht nur für die nationale Politik, für das BMBF, sondern auch für die europäischen und alle anderen Anwender und Nutzer, die deutsche BBF-Ergebnisse nutzen möchten oder benötigten, sichtbar zu machen.

Herr Schmidt stellt fest, dass die Perspektiven der AG in den Aufgabenbereichen Transparenz herstellen, Kommunikation verbessern und Kooperation beginnen, durch die Beiträge im Podium etwas mehr Form annähmen. Er wolle das präzisieren.

Anerkennung und Lob für das Forum überwiegen eindeutig Ablehnung und Kritik. Es seien kleinere Workshops mit unterschiedlichen Schwerpunkten für interessierte Teilnehmer gefordert worden, um Kooperationen besser anbahnen und um konkret Probleme und Themen erörtern zu können. Vielleicht seien diese Workshops auch zunächst ein geeigneterer Ort als das Forum, um andere Disziplinen einzuladen, die auf dem Gebiet arbeiteten.

Zudem sei als eine mögliche Funktion der AG BFN herausgestellt worden, sich gegenüber der Politik zu artikulieren, und zwar nicht nur gegenüber der Politik als Finanzier, der die Forderung an die AG BFN stelle, ihn schnell mit Informationen zu versorgen, sondern auch gegenüber den Gestaltern von Berufsbildungspolitik in der Bundesregierung und den Landesregierungen, die in BBF-Fragen eingriffen und Berufsbildung unmittelbar beeinflussten.

Die AG BFN sei aufgefordert worden, sich zum Thema BLK-Modellversuche und ihrer Forschung zu artikulieren. Herr Lipsmeier gehe mit Recht weiter und fordere von der BBF, sich auch mit den anderen aktuellen Problemen der Berufsbildungspolitik zu befassen, die Frage nach den zugrunde liegenden Prinzipien zu stellen und den Diskurs darüber zu führen. Dies gelte aus seiner, Schmidts, Sicht besonders dann, wenn Politik offenbar orientierungslos sei und Entscheidungshilfe brauche, wie derzeit im Prüfungswesen. Mehr als zwanzig Jahre habe man sich vor Entscheidungen zur Reform des Prüfungswesens gedrückt. Habe die BBF in dieser Zeit mit dem notwendigen Nachdruck auf intelligente Problemlösungen hingewiesen? Wer sich dieser Verantwortung mit dem Hinweis auf noch immer mangelnde wissenschaftliche Befunde entziehe, müsse sich Fragen nach dem Nutzen von BBF gefallen lassen. Wenn er den ganzen Katalog von Problemen und Aktionen nehme, den Herr Thiele vorgetragen habe, so könne er die AG BFN nur auffordern, zu vier/fünf Themen ganz konkret zu sagen, was da im Argen liege, was geklärt werden müsse, bevor Entscheidungen getroffen werden könnten. Dazu sei die AG mit der umfassenden Forschungskompetenz ihrer Mitglieder in der Lage.

Herr Euler bemerkt, dass Herr Schmidt eine gute Zusammenfassung geliefert habe. Seines Erachtens sei es jedoch eine Überforderung, neben der Forschung an sich auch noch

Forschungspolitik zu betreiben. Das setze voraus, dass es einen Konsensfindungsprozess in der AG BFN gäbe, der auch vom Verfahren her einigermaßen zeitnah abgewickelt werden könne. Dies sei nie versucht worden, sei im Moment nicht gefordert, und er würde auch bezweifeln, ob es funktioniere.

Er möchte jedoch ein bisschen stärker fokussieren, was in den Foren laufen sollte und auch noch stärker auf den Forschungsbegriff eingehen. Er verweist hierzu auf die unterschiedlichen Reichweiten von Forschung, nämlich kurz-, mittel- und langfristige. Dabei sei das, was Herr Thiele vorgestellt habe, kurzfristig orientiert, und basiere kaum auf Forschung. Es sei eine Aufbereitung des bestehenden Erkenntnisfundus und das sei zwar eine intelligente Fleißarbeit, aber nicht forschungsbasiert in dem Sinne, dass man in der Zeit, die notwendig ist, um das vorzubereiten, noch Erkenntnisse gewinnen könne. Wenn die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes parlamentarisch die ersten Schritte mache, dann sei der Entscheidungsfindungsprozess abgeschlossen, dann könne man nicht mehr forschen.

In der langfristigen Forschung gäbe es Evergreens, wie die Benachteiligtenförderung, das mache man seit mindestens 30 Jahren. Es gäbe eine ganze Reihe von Themen, die genau so angesetzt seien. Dann habe man noch die mittelfristige Forschung, ihr Zeithorizont sei etwa eine Legislaturperiode. Darunter könne man sehr vieles subsumieren, zum Beispiel Fragen des Prüfungswesens.

Es sei jetzt die Frage, wo sich die AG BFN positionieren möchte. Dies habe einerseits damit zu tun, was man bieten könne, und das habe zu tun mit den Ressourcen, die die Mitglieder einbrächten. Vor diesem Hintergrund käme er zu dem Schluss, dass die kurzfristige, auftragsbezogene Forschung etwas sei, was bestenfalls einzelne Institutionen leisten könnten. Dies gehöre nicht in diesen Prozess der AG BFN hinein. Man müsse mittel- und langfristige Forschung aufnehmen, dies dann aber auch sehr solide, und dabei nicht nur die thematische, sondern auch die methodologische und die methodische Orientierung berücksichtigen. Das wäre seines Erachtens genau das, was in diese Foren hinein gehöre.

Des Weiteren solle man auch darüber nachdenken, inwieweit man die Forschungsforen mit neuen Elementen versehen könne, inwieweit man in diesen Forschungsforen nicht nur Forschungsdesiderata oder auch Forschungsergebnisse, die ja immer vorläufig seien, formuliere, sondern sie beispielsweise mit einer bescheidenen Projektvergabe verbindet, um dies auszutesten. Denn seine, Eulers, Erfahrung von Kooperation sei, dass sie nur dann funktioniere, wenn ein tragfähiges Problem, ein aufseiten der Beteiligten tragfähiges Interesse und ein tragfähiges Thema vorhanden seien. Wenn es immer nur ein Aus-

tausch sei, dann werde es irgendwann versickern, weil es keinen Kristallisationspunkt gäbe.

Ein weiteres Element, das man im Kontext der Aufgaben der AG erwägen könne, sei die Nachwuchsförderung. Er könne sich vorstellen, dass man nach amerikanischem Beispiel Forschungsnetzwerke unter Nachwuchswissenschaftlern aufsetze, und dies auch mit Nachwuchsunterstützung und Nachwuchsförderung verbinde. Das wäre vielleicht auch etwas, was die AG BFN leisten könne, nämlich spezifische Foren für Nachwuchswissenschaftler, die wieder themenzentriert sind, zu veranstalten, und, weil die AG BFN dieses Potenzial habe, diese auch interdisziplinär zu organisieren.

Herr Schmidt geht auf die von Herrn Euler präzisierten Probleme der Politikberatung durch Forschung ein, mit denen er früher nicht nur als Leiter des BIBB, sondern auch als Mitglied des Wissenschaftsrats konfrontiert worden sei. Lasse sich Forschung dazu herbei, kurzfristige Politikfragen durch kurzfristige Forschung und damit oft fragwürdige Forschungsergebnisse beantworten zu wollen, setze Forschung sich dem berechtigten Vorwurf aus, etwas als Forschung auszugeben, was – in der Euler’schen Diktion – „kurzfristige Aufbereitung des Erkenntnisfundus“ sei. Andererseits lasse sich ein solcher Erkenntnisfundus für seriöse Politikberatung nur über qualitativ einwandfreie, stetige BBF aufbauen. Etwa der Art, wie sie Euler in seinen mittel- und langfristigen Kategorien beschrieben habe. Wenn die Politik Steuermittel für diese Forschung bereitstelle, habe sie auch im gesellschaftlichen Interesse das Recht, Beratung einzufordern. Aus seiner Sicht wäre es eine hervorragende Aufgabe der AG BFN, eine strategische Planung mittel- und langfristiger BBF, die von Herrn Tessaring angemahnte antizipative BBF eingeschlossen, mit dem Ziel zu installieren, einen solchen Erkenntnisfundus zu schaffen und Politikberatung gezielt zu bestimmten Problemen bereitzustellen. Dies werte die BBF nicht nur in den Augen der Politiker, sondern auch gesellschaftlich auf und befreie sie von dem Vorwurf, kurzatmig zu reagieren.

Herr Lipsmeier verweist darauf, dass man in der Modellversuchsforschung Praxis- und Politikberatung mache. Die noch vorhandene rudimentäre Begleitforschung sei Beratung von Praxis, aber sie verdiene die Bezeichnung Forschung nicht. Zwar würden vereinzelt empirische Erhebungen gemacht, aber Forschung im strengen Sinne sei das nicht. Er sähe das Problem darin, dass so etwas nicht kurzfristig, sondern nur eingebettet in sich drei oder vier Jahre hinziehende Diskussionszusammenhänge aufgebaut werden könne. So könne man durchaus seriös Praxis und Politik beraten, aber Forschung sei das angesichts der knappen Etats auch dann nicht.

Herr Lipsmeier weist darauf hin, dass es in der AG BFN neben dem Problem der Landesinstitute mit ihrer Modellversuchsforschung ein weiteres Problem gäbe, nämlich die

hochschulische Forschung selbst. Es gäbe eine schleichende Ausdünnung der Berufs- und Wirtschaftspädagogik im Wissenschaftsbetrieb. Professorenstellen würden eingezogen bzw. nicht mehr besetzt. Nicht nur in Randbereichen wie der Fachdidaktik, die eigentlich ein zentraler Bereich sein müsste, sondern auch in anderen Bereichen. Zudem würden auch die Mitarbeiterstellen ausgedünnt, weshalb man nur noch Tagesgeschäfte abwickeln könne. Qualitativ anspruchsvolle Forschung mit Kontinuität sei so nur noch unter erschwerten Bedingungen möglich. Hierdurch brähe ein weiterer Partner weg oder werde zumindest schwächer. Wenn er höre, dass in Baden-Württemberg fünf Fachhochschulen vom Wissenschaftsministerium mit Stellen für Lehrerbildung ausgestattet werden, dann erscheine die Lehrerbildung im universitären Bereich, insbesondere was den gewerblich-technischen Bereich der Berufsschullehrer betreffe, durchaus nicht auf ewig unantastbar.

So sei es wohl verständlich, dass viele Kollegen die Erwartungen der Politik hinsichtlich der Beratung ernst und als zukunftsichere Aufgabe annähmen. Forschung sei dies damit aber immer noch nicht.

Herr Schmidt ist erfreut, dass Herr Lipsmeier die Politikberatung trotz seiner kritischen Haltung als eine mögliche Aufgabe der AG BFN ansehe und äußert die Erwartung, Frau Behringer könne aufgrund ihrer Erfahrungen hierzu kompetent etwas sagen.

Frau Behringer verweist auf den Diskussionsbedarf in ihrem eigenen Institut, dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, wenn es um Abstimmungsfragen in der Politikberatung gehe. Diese Erfahrung lehre sie zum einen, dass gute Politikberatung auf solider empirischer Forschung basieren müsse, und zum anderen, dass diese noch keine Gewähr für eine einheitliche Auffassung – auch nicht innerhalb eines Instituts – hinsichtlich der konkreten Antworten auf Fragen der Politik darstelle. Wenn sie sich nun in der AG BFN mit ihren sehr unterschiedlich angebundenen Institutionen und den entsprechenden Restriktionen umschaue, dann könne sie nur von Politikberatung durch die AG BFN abraten. Dies würde ihrer Meinung nach dem Ziel der Kooperation entgegenwirken und würde im Gegenteil zu heftigen Konflikten führen. Sie befürchte zudem, dass die Politik nicht so lange Geduld aufbringe, bis man in den gegebenen Strukturen der AG BFN zu einer Politikempfehlung komme.

Auch einer möglichen Projektvergabe durch die AG BFN, wie sie Herr Euler angeregt habe, stehe sie sehr skeptisch gegenüber. Dies würde dem Ziel der AG BFN, die Kooperation zu fördern, insofern entgegenwirken, als dann noch deutlicher als bisher die Konkurrenz mit am Tische säße.

Herr Schmidt hält fest, dass Politikberatung durch die Institution AG BFN nur schwer realisierbar erscheint. Er habe bei seinem Vorschlag auch eher an einzelne Wissenschaft-

ler gedacht, die an einem für die Politik wichtigen Problem arbeiteten. Es gehe darum, deren Sachverstand über die AG BFN in die Entscheidungsfindung der Politik einfließen zu lassen, die an der Problemlösung in konkreten Fällen Beteiligten selbst gegenüber der Politik zu Wort kommen zu lassen und nicht deren Übersetzer.

Die Bereitschaft, die hier erklärt worden sei, aus den Ergebnissen der eigenen Forschung für die Politikberatung zu berichten, begrüße er. Wenn dies häufiger in dem vom BMBF erbetenen Sinne geschehe, werde auch der Druck der Politik auf einzelne Institutionen oder Individuen nachlassen. Wenn dies in einer Kooperation zwischen längerfristiger, mittelfristiger und kurzfristiger Forschung im Sinne von Herrn Euler geschehe, wäre damit eine neue Qualität der Politikberatung möglich, wenn auch nicht durch die Institution AG BFN selbst, so doch durch ihre Mitglieder. Die Bereitstellung von Forschungsergebnissen als Gegenleistung für die Finanzierung der AG BFN sei keine unangemessene Forderung in einer Zeit, in der finanzielle Mittel fast nur noch gestrichen werden.

Was die Aufgabe *Transparenz herstellen* angehe, habe ihn die Vorstellung des Projektes der Herren Eckert und Tramm beeindruckt. Beispielhaft sei die Planung, Durchführung und Ergebnisaufbereitung eines Forschungsprojektes dargestellt und diskutiert worden. Er habe nur Vorbehalte, dass zum Kreis der Informierten lediglich vom Doktoranden aufwärts Zugang gestattet werde. Man habe im BIBB immer mit Erfolg Diplomanden in den Informationsfluss einbezogen und habe dies als eine konkrete Nachwuchsförderung angesehen. Er würde sich jedenfalls freuen, wenn die AG BFN Diplomanden in ihr System für mehr Information und Transparenz aufnehme und damit auch notwendige Nachwuchsförderung betreibe. Übrigens stehe es der AG BFN auch gut an, wenn sie ausgewählte Diplomanden und Doktoranden zu ihren Veranstaltungen einlode.

Zur Aufgabe *Kooperation verbessern* habe das BIBB durch Herrn Brosi seine Kooperationsbereitschaft, er möchte hinzufügen, wieder einmal, deutlich erklärt. Gleichwohl habe er bei einigen Teilnehmern die ihm von früher bekannte Zurückhaltung gegenüber dem BIBB gespürt. Somit könne er jetzt nur die hier versammelten Berufs- und Wirtschaftspädagogen, die internationale Ebene eingeschlossen, fragen, was denn das BIBB mit Blick auf Kooperation noch mehr tun könne. Was könnten Kollegen untereinander anbieten, um eine Kooperation anzubahnen? Wenn diese Frage so konkret wie möglich beantwortet werde, könne man die Beteiligten beim nächsten Mal ebenso konkret fragen, was sie nun selbst zur Kooperation beigetragen hätten.

Herr Lipsmeier verweist auf die unzureichende Information der scientific community über die Ausschreibungen von BIBB-Projekten. Durch eine bessere Streuung von Informationen über diese Projekte, mehr Offenheit und Transparenz, eventuell auch schon in der Projektentstehung, ließe sich seines Erachtens die Kooperation deutlich verbessern.

Herr Schmidt dankt für die prompte Konkretisierung. Er hält dies für einen sehr wesentlichen Punkt. Herr Brosi habe in seinem Beitrag die Anbahnung solcher Kooperationen bereits beschrieben. Die Mitarbeiter des BIBB, die Forschungsprojekte planten, kooperierten demnach zumindest teilweise bereits mit bestimmten Forschungsinstitutionen. Mit Bezug auf den Vorschlag von Herrn Lipsmeier erscheine es ihm wichtig, dass das BIBB darüber hinaus bei der Ausschreibung von Projekten deutlich mache, in welchen Gebieten man Kooperation ausdrücklich wünsche; denn nicht in jedem Forschungsprojekt könne man eine Kooperation aufbauen. Somit werde nicht nur aus der BIBB-Perspektive eine Kooperation angeboten, sondern auch die Gelegenheit gegeben, von anderer Seite Kooperationsmöglichkeiten zu prüfen und Kooperationsbereitschaft zu erklären. Bezüglich der Information über die BIBB-Ausschreibungen gebe es aber nicht nur den Bringschuldner BIBB, sondern auch Holschuldner in der scientific community. Die Ausschreibungen erfolgten immer bundesweit. Die Bereitschaft zur Kooperation müsse nicht nur vom BIBB, sondern von allen interessierten Mitgliedern in der AG BFN signalisiert werden.

Frau Behringer bemerkt, dass das Institut, an dem sie arbeite, im Vergleich zu seinen Konkurrenten relativ viele Drittmittelprojekte bearbeite. Aber es mache auch andere Projekte, die man aus Grundmitteln bestreite, und man suche sich dafür Kooperationspartner in ganz unterschiedlichen Institutionen. Dies könnten Kooperationspartner von Universitäten sein, aus anderen Instituten in freier Trägerschaft und das seien auch gemeinsame Arbeiten mit dem BIBB gewesen.

Sie halte es jedoch weder für realistisch noch für sinnvoll, jetzt alle Projekte in der AG BFN zu diskutieren. Auch seien die Interessen ihres Institutes nicht immer deckungsgleich mit denen der AG BFN. Natürlich sehe sie umgekehrt auch, dass die AG BFN durch ihre Mitglieder erhalten bleiben und mit Leben erfüllt werden müsse. Was jetzt Forschungsnetz genannt werde, sei ein Netz mit sehr großen Löchern. Die Vernetzungen zwischen den einzelnen Instituten seien viel zu schwach. Das Bestreben um bessere Kooperation aber immer gleich mit einem normativen Anspruch zu verbinden, könne genau den unerwünschten Nebeneffekt haben, dass es wieder zu Abschottungen führe.

Herr Schmidt stellt einen allgemeinen Konsens darüber fest, die AG BFN nicht zu einem Ort übergreifender Forschungsplanung für ihre Mitglieder, gar noch mit Mehrheitsentscheidungen, zu machen. Es erscheine jedoch sinnvoll, dass das BIBB Forschungskorridore benenne, die besonders auf Kooperation angelegt seien. Solche Forschungsfelder könnten auch von anderen Mitgliedern beschrieben werden. Dann habe man Hinweise, wo es sich lohne, eine Kooperation anzustreben. Dass dies eher eine kleine Anzahl von Projekten beträfe, dürfte allen Beteiligten klar sein.

Was man an dieser Stelle aber noch diskutieren könne, sei die Forschungsplanung. Er frage, wann der richtige Zeitpunkt sei, um mit Projekten an die Fachöffentlichkeit zu treten.

Herr Euler merkt an, dass die Bedingungen dafür sehr unterschiedlich seien. An den Hochschulen gäbe es keine Institute, die eine Forschungsplanung wie das BIBB machen könnten. Es seien überwiegend kleine Lehrstühle, die zu über fünfzig Prozent aus Modellversuchsmitteln gespeist würden. Somit könne man die Hochschulforschung in diesem Punkt nicht mit dem BIBB vergleichen. Er würde das einfach mal so definieren: Man habe Futtertröge, an denen drängten sich bestimmte Leute, um in die erste Reihe zu kommen. Da seien EU-Töpfe, da seien Modellversuchstöpfe, da sei das BIBB mit den Forschungsmitteln, insbesondere seinen Wirtschaftsmodellmitteln, und da sei der DFG-Bereich. Jeder Futtertrog habe eine bestimmte Antragskultur. Um im BIBB in die Kommunikation zu kommen, brauche man eine ganz bestimmte Rhetorik, brauche man ein ganz bestimmtes Beziehungsnetzwerk. Gleiches gelte für die DFG- und die EU-Forschung. Weiterhin stünden die Institutionen, die hier versammelt seien, im Wettbewerb miteinander, d. h. man habe hier das Phänomen, dass man Kooperation im Wettbewerb organisieren müsse, was ja auch in vielerlei Hinsicht funktioniere. Aber man solle jetzt nicht so tun, als ob man nur noch Kooperation habe und den Wettbewerb ganz ausschalten wolle oder könne.

Zum anderen könne man sicher die Transparenz dadurch verbessern, dass man faire Wettbewerbsbedingungen schaffe. Indem man beispielsweise wisse, was im BIBB geplant werde und jeder eine Chance habe, der sich bewerbe. Herr Euler hält das schon für einen Wert an sich. Denn auch die EU-Ebene sei relativ intransparent. Man könne noch weiter gehen und Antragshilfen gestalten. Er hielte dies insbesondere für Bewerbungen auf der EU-Ebene für sehr sinnvoll.

Die AG BFN sollte dies aber nicht als Hauptbetätigungsfeld ansehen, sondern sich vielmehr ein zentrales Feld der Kommunikation vornehmen. Die Foren schienen ihm in der Tat sehr konsensfähig zu sein. Diese zu verbessern und konkret zu gestalten, sei eine sehr wichtige Aufgabe. Über Vertrautheit könne auch Vertrauen wachsen. Diese Kommunikation könne vielleicht auch in gemeinsame Projektvorhaben münden. Die EU-Projekte beispielsweise seien typischerweise dadurch charakterisiert, dass man in Projektverbänden arbeiten müsse. Das Hauptaugenmerk solle jedoch vorerst nicht auf die gemeinsame Projektdurchführung gelegt werden.

Zur Aussage von Herrn Lipsmeier, Modellversuchsforschung sei keine Forschung, und die Begleitforschung nur in Ausnahmefällen, merkte Herr Euler an, wer eine solche Auffassung vertrete, müsse auch ganz offensiv den Ausschluss der Landesinstitute aus der

AG BFN betreiben. Er widerspreche dieser Auffassung vehement. Er denke, dass aus den Modellversuchen, ohne eine methodologische Grundsatzdiskussion zu entfachen, eine erfreuliche Vielfalt an Forschungsaktivitäten entstehe. Das fange bei Habilitationen und Dissertationen an. Modellversuche und ihre wissenschaftliche Begleitung hätten ein beachtliches Potenzial für die Forschung.

Herr Schmidt dankt Herrn Euler für diese klare Aussage. Es sei eine Binsenweisheit, dass man eine Diskussion unter Wissenschaftlern über Forschung nicht mit einer Definition über Forschung beginnen solle, wenn man zu einem vernünftigen Ergebnis kommen wolle. Er bitte abschliessend noch einmal auf die Frage einzugehen, ob die AG BFN als Sprachrohr der BBF in Deutschland dienen könne.

Herr Lipsmeier schlägt zur Rettung der Landesinstitute und der hochschulischen Modellversuchsforschung bzw. Begleitforschung eine Gegenstrategie vor. Man möge die Begleitforschung als wirkliche Forschung reklamieren, an die die üblichen Massstäbe zu legen seien. Um dies zu realisieren, müsse man für eine bessere Ausstattung dieser Forschung sorgen, wie sie in der Anfangsphase gegeben gewesen sei. Die Begleitforschung sei ausgedünnt worden, das müsse rückgängig gemacht werden. Dafür solle sich die AG BFN einsetzen und für eine Ausweitung der Begleitforschung stark machen. Er möchte die Landesinstitute erhalten wissen, auch als Mitglieder der AG BFN. Da wäre er sonst missverstanden worden.

Herr Tessaring weist noch einmal auf die notwendige Unterscheidung zwischen der Kooperation innerhalb der AG BFN bei der Vorbereitung von Programmen oder bei der Setzung von berufsbildungspolitischen Prioritäten einerseits und der Kooperation bei der Durchführung von Projekten hin. Er verweist dabei auf die Schweiz. Dort habe es vor drei/vier Jahren eine Prioritätenliste zur Finanzierung von künftigen Bildungs- und Berufsbildungsforschungs-Projekten mit einer ganzen Reihe von interessanten Problemen gegeben. Die Frage sei, wie man auch in der AG BFN eine solche Liste zustande bringe. Die AG BFN könne in ähnlicher Weise auch hier in Deutschland so etwas federführend behandeln. Das wäre eine Aufgabe, bei der die AG BFN zur Festlegung von mittel- und längerfristigen berufsbildungspolitischen Zielen einen wesentlichen Input geben könne, indem sie beispielsweise die Prioritäten aus der Sicht der Forschung formuliere.

Ein weiterer Punkt sei das sechste Rahmenprogramm der EU. Auch da seien alle EU-Mitgliedsstaaten um Beiträge gebeten worden. Es wäre aus seiner Sicht eine wichtige Aufgabe für die AG BFN, zu solch einem EU-Rahmenprogramm eine gemeinsame Stellungnahme abzugeben. Das sei auch jetzt noch möglich; denn die EU suche ständig den Kontakt mit der Forschung in den Mitgliedsstaaten, um diese Rahmenprogramme zu verbessern.

Frau Behringer bemerkt, dass sie bei den Ausführungen von Herrn Tessaring auf den verteilten Tagungsblock geschaut habe, auf dem stünde: „Kein Traum ist zu groß“. Für solch einen Diskussionsprozess brauche man natürlich eine Infrastruktur, was angesichts der real existierenden Kostenrechnung in vielen Instituten nicht ohne finanzielle Mittel möglich sein werde. Damit komme man zurück auf die Ausgangsfrage, wie dies alles gestaltet werden solle, angesichts der Tatsache, dass es bisher überwiegend auf freiwilligem Engagement beruhe, und man nur in größeren Zeitabständen ein Forum bekomme. Als zweite Frage schließe sich an, in welcher Form dies alles sinnvoll gestaltet werden könne. Aus ihrer Sicht wären kleinere Einheiten, in denen man zielorientiert diskutieren könne, Erfolg versprechender.

Herr Schmidt fasst die Diskussion dahin gehend zusammen, dass die AG BFN sich deutlicher gegenüber dem Finanzier artikulieren solle, wie sie sich selbst und ihre Aufgaben in Zukunft sehe. Mit der Beschreibung konkreter Aufgaben, an denen es offenbar keinen Mangel gebe, werde auch eine vernünftige Kostenkalkulation erwartet. Niemand könne verwertbare Arbeitsergebnisse kostenfrei verlangen. Die AG BFN sei durch einen gewählten Vorstand in der Lage, sich zu artikulieren. Dessen Legitimation gelte für die Umsetzung der in der AG erörterten Ziele und Aufgaben. Sofern weiter reichende Entscheidungen zu treffen seien, müssten die zugrunde liegenden Sachverhalte zunächst im Plenum diskutiert werden. Im übrigen müsse der Vorstand ad hoc zu Fragen aus der Politik Stellung nehmen können. Wenn diese Aussagen der Mehrheit der AG BFN nicht passen, gebe es ja das konstruktive Misstrauensvotum. Zum Aspekt *Kommunikation verbessern* sei der Wunsch vorhanden, themenzentrierte Workshops vom Vorstand der AG BFN selbst planen und durchführen zu lassen. Dafür müsse es auch Geld geben. Workshops, die unter den Mitgliedern organisiert und durchgeführt würden, seien mit Recht als der Ort bezeichnet worden, wo Vertrauen geschaffen und Kooperationen angebahnt werden könnten.

Für eine solche Forschungsk Kooperation Beispiele zu schaffen, seien die Mitglieder der AG BFN aufgerufen.

Abschließend möchte er feststellen, dass die Politik in Zeiten knappster Kassen der BBF in der AG BFN eine faire Chance eingeräumt habe, die man gemeinsam und mit Kreativität ergreifen müsse. Die Teilnehmer des Podiums hätten mit zahlreichen umsetzbaren Vorschlägen die Vorreiter gespielt, wofür ihnen zu danken sei. Nun sei der Vorstand der AG am Zuge und er hoffe, dass das von dort zu erwartende Aktionsprogramm bei den Mitgliedern und in der Politik auf gute Resonanz stoße.